Ein Europäischer Pakt für sozialen Fortschritt

Wien, am 29. November 2016

Einleitung

Die Europäische Union (EU) beruht auf der Idee, dass Menschen in einer freien, gerechten und solidarischen Gemeinschaft zusammenleben. Einer Gemeinschaft, die auf Partnerschaft und der Achtung der Grundrechte beruht und die gleichzeitig ein besseres Leben für zukünftige Generationen verspricht.

Wir brauchen ein starkes und soziales Europa, wenn wir weiterhin in Frieden, Sicherheit und nachhaltig erwirtschaftetem Wohlstand leben wollen. In einer Welt, die kontinuierlich zusammenwächst, mit allen Chancen, aber auch komplexen Risiken und neuen Herausforderungen, kann sich Europa nur mit gemeinsamen Anstrengungen erfolgreich behaupten.

Doch Fakt ist auch: Die EU befindet sich in einer fundamentalen Krise. Die europäische Solidarität ist in Gefahr. Die EU ist zwar dabei, sich von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten zu erholen. Trotz leichter Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Bedingungen in einigen EU-Mitgliedstaaten sind aber die Folgen der Krise nach wie vor weitreichend. Viele Menschen haben das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik verloren, Wohlstand für alle zu schaffen. Die soziale Spaltung wird größer.

Gleichzeitig wird die europäische Solidarität durch die Flüchtlingskrise vor Herausforderungen in einem bislang nicht da gewesenen Ausmaß gestellt. Europäische Werte werden durch populistische Bewegungen und die extreme Rechte angegriffen. Bei dem EU-Referendum in Großbritannien siegten die Gegner eines vereinten Europas in einem Klima der Euroskepsis und der Angst.

Um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und die europäische Solidarität zu stärken, brauchen wir einen Europäischen Pakt für sozialen Fortschritt.

Es ist an der Zeit, dass Europa einen Kurswechsel vornimmt. Wir brauchen ein Europa der Menschen und nicht nur des Markts. Wir brauchen ein Europa, in dem alle Bürgerinnen und Bürger – unabhängig von nationalen Gegebenheiten in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik – die gleichen Chancen haben, ein gutes Leben zu führen und ihre Träume zu verwirklichen. Wir müssen die einseitige Sparpolitik überwinden und die EU-Wirtschaftspolitik in Richtung Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Innovation neu ausrichten. Gleichzeitig müssen wir die Achtung der Unabhängigkeit der Sozialpartner und die nationalen Kompetenzen stärken, die notwendig sind, um eine Gleichbehandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu garantieren. Der Vorschlag der Kommission für einen europäischen Pfeiler der sozialen Rechte sollte als Chance genutzt werden, um einen neuen Ausgleich zugunsten eines sozialeren Europas zu schaffen.

Wir werden unmittelbar Maßnahmen vorantreiben, um das Wachstum in Europa zu stärken und Sozialdumping zu bekämpfen. Doch es gibt auch Einschränkungen dahingehend, was im Rahmen der aktuellen europäischen Verträge erreicht werden kann. Deshalb ist im Zusammenhang mit der nächsten EU-Vertragsrevision ein Soziales Fortschrittsprotokoll erforderlich, mit dem die sozialen Rechte, einschließlich der Rechte der Gewerkschaften, gestärkt werden.

Wir sind überzeugt, dass das europäische Wirtschafts- und Sozialmodell, das darauf abzielt, Wirtschaftswachstum mit sozialer Gerechtigkeit und starken Arbeitnehmerrechten zu verbinden, weiterhin im Mittelpunkt der Europäischen Union stehen muss.

1. Investitionen in Wachstum und gute Arbeitsplätze

Europa braucht mehr private und öffentliche Investitionen, sowohl, um seine Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft aufrecht zu erhalten, als auch um die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger zu befriedigen. Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen ist ein guter erster Schritt, aber wir müssen weitere Schritte sowohl gemeinsam auf Ebene der EU als auch auf nationaler Ebene auf den Weg bringen. In allen Mitgliedstaaten sind Investitionen in die Sozialsysteme, in die Infrastruktur (einschließlich der sozialen Infrastruktur) und in Umwelttechnologien erforderlich – im Rahmen einer soliden Fiskalpolitik. Die Nachfrageseite der Wirtschaft muss gestärkt werden.

>> Um die erforderlichen Spielräume zu schaffen, brauchen wir mehr fiskalpolitische Flexibilität, vor allem auch für zukunftsorientierte Investitionen. Wir müssen zugleich die makroökonomischen Ungleichgewichte in der EU bekämpfen, die eine Ursache des trägen Wachstums in Europa sind.

>> Das Europäische Investitionsprogramm muss in einen erweiterten Investitionsmechanismus auf europäischer Ebene überführt werden, der auf Investitionen in Schlüsselbereiche gemeinsamer europäischer Wettbewerbsfähigkeit, in eine moderne Industrie und Infrastruktur, Aus- und Weiterbildung sowie gute und faire Arbeitsplätze abzielen sollte. Dazu müssen insbesondere auch soziale Investitionen gestärkt werden.

>> Wir wollen ebenfalls Investitionen in Wachstum und Arbeitsplätze im Rahmen des europäischen Haushaltes stärken. Die Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens muss als Chance genutzt werden, um die Prioritäten zu verändern. Der EU-Haushalt muss stärker auf die sozialen Herausforderungen Europas ausgerichtet werden. Wir wollen das Europäische Semester mehr auf die Erreichung der Ziele eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums im Rahmen der EU 2020 konzentrieren und den Zielen in den Bereichen Soziales, Bildung und Beschäftigung mehr Gewicht verleihen. Gleichzeitig wollen wir die Sozialpartner stärker in das Europäische Semester einbeziehen. Das soziale Scoreboard muss einen stärkeren Einfluss erlangen.

2. Durchsetzung eines Sozialen Fortschrittsprotokolls

Um unsere politischen Initiativen für eine andere EU nachhaltig zu gestalten und den erforderlichen Rahmen für ein wirklich soziales Europa zu schaffen, fordern wir ein Soziales Fortschrittsprotokoll zur Stärkung sozialer Grundrechte gegenüber wirtschaftlichen Freiheiten im EU-Binnenmarkt. Wir werden Sofortmaßnahmen ergreifen, um das Wachstum zu stärken und Sozialdumping zu bekämpfen. Es gibt jedoch Einschränkungen dahingehend, was im Rahmen der aktuellen EU-Verträge erreicht werden kann. Deshalb sollten im Zusammenhang mit der nächsten EU-Vertragsrevision die sozialen Grundrechte, einschließlich der Rechte der Gewerkschaften, gestärkt werden.

>> In einem Sozialen Fortschrittsprotokoll sollte klar festgelegt sein, dass wirtschaftliche Freiheiten auf dem Binnenmarkt nicht das Verbot von Einschränkungen bedeuten, sondern stattdessen für Gleichbehandlung sorgen. Es muss eine Definition von „sozialem Fortschritt" und „sozialer Marktwirtschaft" geben, die unter anderem klarstellt, dass diese Konzepte starke Arbeitnehmerrechte einschließen und Wettbewerb zulasten der Löhne und Arbeitsbedingungen ausschließen sollten.

>> Das Soziale Fortschrittsprotokoll sollte im Primärrecht klarstellen, dass weder die wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarktes noch die Wettbewerbsregeln Vorrang gegenüber den sozialen Grundrechten erhalten. Im Konfliktfall müssen die sozialen Grundrechte Vorrang haben.

- Der Schutz der Versammlungsfreiheit und des Rechts auf Tarifverhandlungen, einschließlich des Rechts, Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen, muss in der EU erweitert werden. In allen Gesetzen und politischen Dokumenten der EU sowie bei Maßnahmen der EU-Institutionen müssen die Rechte und Freiheiten der Gewerkschaften, Tarifvereinbarungen und die Gleichbehandlung der Arbeitnehmer gewahrt bleiben.

3. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit – Schaffung neuer Chancen

Eine EU, in der jeder achte europäische Jugendliche unter 25 weder in Beschäftigung noch in Aus- oder Weiterbildung ist, und in der mehr als jedes vierte Kind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht ist, ist nicht zu akzeptieren. Dies schränkt nicht nur die Chancen und Wahlmöglichkeiten im Leben jedes einzelnen Menschen ein, sondern führt auch zu Verzweiflung, Frustration und letztlich verstärktem Populismus. Die jungen Menschen sind die Zukunft Europas. Deshalb müssen wir in ihre Lebenschancen investieren.

- Wir drängen auf eine wesentliche Erhöhung der Finanzmittel für die europäische Jugendbeschäftigungsinitiative und die Europäische Jugendgarantie.

- Wir wollen eine möglichst hohe Reichweite der Jugendgarantie sichern und befürworten ihre Ausweitung durch die Erhöhung der Altersgrenze auf 30 Jahre. Auch gilt es durch die Einbeziehung einer Geschlechterperspektive zu gewährleisten, dass Frauen und Männer gleichermaßen profitieren. Wir fordern klare Kriterien für die Jugendgarantie, mit denen Ausbildungsverhältnisse in guter Qualität gesichert werden.

- Wir unterstützen nachhaltig das Austauschprogramm Erasmus+, mit dem auf breiter Basis Bildungs- und Ausbildungschancen für Jugendliche, Erzieher, Freiwillige, Lehrlinge, Praktikanten und junge Arbeitskräfte angeboten und gefördert werden sollten.

4. Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung

Die EU muss Steuerhinterziehung und Steuerbetrug als gemeinsame europäische Priorität bekämpfen. Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung durch große Unternehmen kosten die EU-Mitgliedstaaten jährlich bedeutende Summen. Diese Gelder könnten für wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen sowie für Investitionen in die Zukunft genutzt werden. Wir müssen einen schädlichen Dumping-Wettbewerb bei den Körperschaftsteuern unterbinden, der letztlich in einer steuerpolitischen und sozialen Abwärtsspirale mündet. Ein gemeinsamer europäischer Ansatz gegen Steuerhinterziehung, Steuerbetrug und schädlichen steuerlichen Wettbewerb ist eine wesentliche Voraussetzung, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und soziale Ungleichheiten abzubauen.

- Wir wollen aggressive Steuerplanung und schädlichen steuerlichen Wettbewerb bekämpfen. Bei der Körperschaftsbesteuerung muss der Grundsatz angewendet werden, dass Gewinne dort zu besteuern sind, wo die wirtschaftlichen Aktivitäten stattfinden und Werte geschaffen werden. Wir müssen auch politische Schritte unternehmen, um einen Dumping-Wettbewerb bei den Körperschaftsteuern in Europa zu vermeiden.

- Wir wollen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung einen Riegel vorschieben und Steuerparadiese schließen sowie die Schaffung neuer Steuerparadiese verhindern. Maßnahmen wie die Durchsetzung von Länderberichten, die Schaffung von schwarzen Listen der Steuerparadiese und die Unterbreitung von Vorschlägen zur Sanktionierung von Gesetzesverstößen sind dazu wesentliche Voraussetzungen. Wir wollen sicherstellen, dass EU-Gelder weder an Unternehmen, die in Steueroasen registriert oder aktiv sind, gezahlt werden, noch an Akteure, die Sozialdumping betreiben.

- Wir wollen, dass alle Mitgliedstaaten Register der wirtschaftlichen Profiteure einrichten und einen automatischen Informationsaustausch über diese Register zwischen öffentlichen Einrichtungen, insbesondere den Steuerbehörden und den Aufsichtsbehörden für Finanzdienstleistungen, sicherstellen. Wir wollen uns auch um die Einrichtung solcher Register und eines solchen Informationsaustausches mit anderen Staaten bemühen.

5. Neue Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping

Wir müssen Sozialdumping im EU-Binnenmarkt beenden. Wir dürfen Unternehmen nicht gestatten, soziale Standards und Arbeitnehmerrechte zu untergraben. Wir wollen, dass die EU Wachstum und menschenwürdige Arbeitsplätze schafft und die Probleme der Menschen löst. Sie sollte Wohlstand und Freizügigkeit für die Europäer sichern, alle Bürgerinnen und Bürger gleich und diskriminierungsfrei behandeln, und Gerechtigkeit und Solidarität gewährleisten. Dies ist die gerechte Mobilität, die wir fördern wollen.

- Der Grundsatz der gleichen Bezahlung für die gleiche Arbeit am gleichen Ort, unabhängig von der Art des Vertrags oder des Status des Arbeitnehmers, muss in jeglicher europäischer Gesetzgebung angewendet und geachtet werden. Die aktuelle Überprüfung der EU-Entsenderichtlinie muss gewährleisten, dass Arbeitnehmer gleich behandelt werden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder der Herkunft ihres Arbeitgebers. Die Löhne und Arbeitsbedingungen im Aufnahmeland müssen auch für die entsendeten Arbeitnehmer Anwendung finden.

- Wir drängen auf neue EU-Regeln gegen Sozialdumping. Besonderes Augenmerk sollte in diesem Zusammenhang auf Unterauftragsvergabe, Briefkastenfirmen, Scheinentsendung und Scheinselbstständigkeit gelegt werden. Unternehmen sollte es nicht gestattet sein, auf dem Papier ins Ausland zu gehen, während sie ihre Aktivitäten im eigenen Land fortsetzen, lediglich mit geringeren Lohnkosten und einem geringeren Arbeitnehmerschutz.

- Wir müssen insbesondere Schlupflöcher in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitsbedingungen schließen (z.B. im Transportsektor), um einen fairen Wettbewerb in Übereinstimmung mit der nationalen Arbeitsgesetzgebung zu sichern.

6. Sicherung starker Arbeitnehmerrechte

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen umfassende Rechte und Schutzstandards für Arbeitnehmer sicherstellen. Dabei geht es etwa um das Recht auf Gleichbehandlung, sozialen Schutz, den Schutz vor Entlassung, um Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, um Bestimmungen zu Arbeits- und Erholungszeiten, um Versammlungsfreiheit, um Regelungen bei der Arbeitnehmervertretung, bei Tarifverhandlungen und kollektiven Maßnahmen ebenso wie um den Zugang zu Ausbildung und lebenslangem Lernen. Der europäische Pfeiler der sozialen Rechte sollte eine Chance sein, um diesen fortschrittlichen Wandel zu erreichen.

- Die EU sollte ihre Mitgliedstaaten bei der Förderung von Tarifverhandlungen unterstützen und darauf hinwirken, dass Tarifvereinbarungen so viele Arbeitnehmer wie möglich erreichen. Gleichzeitig sollte es Ziel sein, bessere Lohnstandards zu sichern, etwa in Form von Mindestlöhnen auf angemessenem Niveau. Dies sollte bei vollständiger Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialpartner und Achtung der nationalen Praxis und Traditionen erfolgen.

- Wir wollen, dass die EU eine neue und ehrgeizigere Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz annimmt, die auch psychosoziale Gesundheit einschließt.

- Die Standards für Beteiligung und Mitbestimmung von Arbeitnehmern in Unternehmen, die nach europäischem Recht und im internationalen Kontext operieren, müssen erweitert werden. Die Richtlinie über Europäische Betriebsräte und andere Gesetze, die sich mit den Rechten zur Information, Anhörung und Mitbestimmung beschäftigen, müssen neu bewertet werden.

7. Stärkung der Rechte von Frauen und ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt

Wir wollen europaweit ein höheres Maß an Gleichberechtigung von Frauen und Männern, insbesondere im Bereich der Arbeit, erreichen. Die EU sollte eine neue europäische Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern annehmen und diese jährlich evaluieren. Dies ist ein wichtiges Element, um die Ziele der Strategie Europa 2020 zu erreichen und den sozialen Pfeiler der EU zu stärken. Wir wollen, dass die EU Vorreiterin für die Förderung und Sicherung der Rechte von Frauen und der Gleichstellung von Frauen und Männern sowohl auf nationaler als auch auf europäischer und globaler Ebene ist. Dies sollte mit der Erreichung der Ziele der Agenda 2030 verbunden werden.

- Die Mitgliedstaaten müssen die aktive Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt durch aktive politische Maßnahmen ermöglichen und fördern, zum Beispiel durch Investitionen in die Kinderbetreuung, die Pflege alter Menschen oder andere öffentliche Dienstleistungen.

- Wir sehen die Notwendigkeit einer breiten, EU-weiten Initiative für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, mit dem Ziel, die Beteiligung und Gleichstellung weiblicher Arbeitskräfte zu verbessern. Dabei muss es insbesondere auch darum gehen, ausreichend Plätze für vorschulische Betreuung zu gewährleisten – in guter Qualität und zu vernünftigen Kosten.

- Wir müssen auch noch stärker Erfahrungen und bewährte Praktiken austauschen, um die nach wie vor bestehenden geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschiede zu bekämpfen und die wirtschaftliche Stellung von Frauen zu verbessern. Das schließt auch die wachsenden Unterschiede im Gesundheitsbereich ein, da die Zahl der Frauen steigt, die krankheitsbedingt nicht arbeiten können.

8. Ausbau des sozialen Dialogs

Wir wollen den sozialen Dialog auf europäischer Ebene stärken – in den einzelnen Sektoren sowie branchenübergreifend. Gleichzeitig gilt es die Kapazitäten für den sozialen Dialog in Ländern zu verstärken, wo diese noch immer unzureichend sind. Für uns steht fest: Ein starker sozialer Dialog ist ein wesentlicher Pfeiler eines sozialeren Europas. Deshalb gilt: Die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft müssen direkt in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik einbezogen werden.

- Die EU muss ihre politische, finanzielle und verwaltungsrechtliche Unterstützung insbesondere in europäischen Ländern mit einem schwachen sozialen Dialog ausweiten. Hier besteht die Notwendigkeit, die Kapazitäten für den sozialen Dialog zu erhöhen, auch mit verstärkten EU-Mitteln etwa aus dem Europäischen Sozialfonds.

- Der soziale Dialog und die Anhörung der Sozialpartner auch bei Themen, die nicht unter den Artikel 154 AEUV fallen, aber direkte oder indirekte Auswirkungen auf die Beschäftigung und die Arbeitsmärkte haben, sollten von den EU-Institutionen gefördert und in ihrem politischen Vorgehen verankert werden.

>> Wir müssen sicherstellen, dass Vereinbarungen der Sozialpartner auf EU-Ebene respektiert werden. Auf gemeinsamen Antrag der EU-Sozialpartner (branchenübergreifend und sektoral) sollte die Europäische Kommission im Einklang mit den Verträgen einen Beschluss des Rates zur Umwandlung der Vereinbarungen in eine Richtlinie vorschlagen.

9. Digitalisierung und die Zukunft der Arbeit

Wir sind überzeugt, dass ein digitales Europa ein besseres Europa sein kann. Ein Europa, in dem Wachstum zu qualitativ besseren Arbeitsplätzen führt und mehr soziale Gerechtigkeit gefördert wird. Aber die Vorteile der Digitalisierung werden sich nicht automatisch einstellen. Gezielte und ausgewogene politische Schritte sind notwendig, um die wirtschaftlichen und sozialen Potenziale auszuschöpfen, die sich durch die digitale Revolution bieten. Leider fehlt bei den Maßnahmen der Europäischen Kommission zum Digitalen Binnenmarkt in ihrer jetzigen Form eine aussagekräftige soziale Dimension. Die EU muss eine Agenda schaffen, mit der der digitale Wandel zu einem Prozess wird, der die Arbeitnehmer und Bürger stärkt und den sozialen Zusammenhalt im Rahmen des europäischen Sozialmodells erhöht.

>> Eine digitale Arbeitswelt erfordert hohe Standards zum Schutz der persönlichen Daten von Arbeitnehmern. Digitale Technologien produzieren hohe Datenmengen. Klare Regeln sind notwendig, um festzulegen, welche Daten die Arbeitgeber erheben und analysieren dürfen. Ein strenger Schutz muss etwa bei gesundheitlichen Daten der Arbeitnehmer, Inhalten persönlicher Kommunikation und bei der Beteiligung an gewerkschaftlichen Aktivitäten gewährt werden.

>> Starke Rechte und ein guter sozialer Schutz müssen im digitalen Zeitalter für alle Arbeitnehmer gesichert werden. Die digitale Transformation bringt eine enorme Zunahme prekärer Beschäftigungsformen mit sich, zum Beispiel als Selbstständige oder als Mitarbeiter in der so genannten „Sharing Economy“. Online „Crowdsourcing-Plattformen“ könnten zudem dazu beitragen, dass es zu einem Wettlauf um die niedrigsten Löhne und Arbeitsbedingungen kommt. Es müssen neue Möglichkeiten geschaffen werden, um Mitbestimmung, Tarifverhandlungen und den Schutz von Arbeitnehmerrechten zu schützen. Mitgliedstaaten müssen Systeme der sozialen Sicherheit schaffen, die für alle Arbeitskräfte offen sind. Solche Rechte und Schutzvorkehrungen müssen auch in solchen Fällen wirksam und durchsetzbar sein, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in unterschiedlichen Ländern ansässig sind.

>> Aus- und Weiterbildungssysteme müssen für das digitale Zeitalter fit gemacht werden. Die digitale Wirtschaft zeichnet sich durch schnellen technologischen Wandel und Innovation aus. Dies erfordert häufige Umschulungsmaßnahmen, die für Arbeitnehmer in standardisierten und prekären Beschäftigungsformen gleichermaßen zugänglich sein müssen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, sollten die Mitgliedstaaten für alle Arbeitskräfte, einschließlich der, die sich in prekären Beschäftigungsformen befinden, effiziente Ausbildungsprogramme garantieren. Um sicherzustellen, dass die Ausbildungskosten nicht von den Arbeitskräften getragen werden, müssen sowohl die Arbeitgeber als auch die Regierungen die Investitionen in die Aus- und Weiterbildung erhöhen.

10. Migration und Integration menschlich gestalten

Das Recht auf Asyl muss gewährleistet sein. Allerdings sollte sich eine Einzelperson nicht aussuchen können, in welchem Mitgliedstaat der Asylantrag geprüft wird. Um dies zu erreichen, muss die Kontrolle über die EU-Außengrenzen vorgenommen werden.

- Alle Mitgliedsländer sollten sich an der Umverteilung der in der EU ankommenden Asylwerber beteiligen und so die Verantwortung für die Aufnahme von Asylwerbern teilen.

- Aufgrund der hohen Bedeutung der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist eine europäische Beschäftigungsinitiative hierfür erforderlich, die auch durch mehr Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds gestützt werden sollte.

- Zwischen den Mitgliedstaaten muss der Erfahrungsaustausch weiter verstärkt werden, insbesondere auch hinsichtlich der Aufnahme unbegleiteter Kinder. Ziel muss es sein, die Rechte dieser Kinder zu stärken und Menschenhandel, Ausbeutung und sexuellen Missbrauch von Kindern zu verhindern.

Allianz für ein soziales Europa – Hintergrund

- Am 28./29. November lädt der österreichische Bundeskanzler und SPÖ-Vorsitzende Christian Kern die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Parteien sowie der Gewerkschaften aus Deutschland, Schweden und Österreich zu einem Treffen zu sozialem Fortschritt in Europa nach Wien ein.

- Es nehmen am Treffen teil: SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler Christian Kern, SPD-Vorsitzender, Vizekanzler Sigmar Gabriel, der schwedische Premierminister und Vorsitzende der Schwedischen Arbeiterpartei (SAP) Stefan Löfven, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Reiner Hoffmann, der Vorsitzende des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB), Erich Foglar, sowie der Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsverbandes LO, Karl-Petter Thorwaldsson.

- Im Rahmen des Treffens soll ein „Pakt für sozialen Fortschritt“ angenommen werden, mit gemeinsamen Forderungen der sozialdemokratischen Parteivorsitzenden und der Gewerkschaftsvorsitzenden für ein anderes, soziales Europa. Es geht dabei um mehr öffentliche und private Investitionen in Wachstum, um mehr Mittel für Jobs und Ausbildungsplätze für junge Menschen in Europa, um Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit und gegen aggressive Steuervermeidung von Großunternehmen, um gestärkte Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie der Gewerkschaften im europäischen Binnenmarkt.

- Das Treffen soll ein starkes Signal dafür geben, dass die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften aus den drei Ländern an einem Strang ziehen, um ein gerechteres Europa zu erreichen. Ein Europa, das konkrete Lösungen für mehr Wachstum und mehr soziale Gerechtigkeit im Interesse der Menschen bietet.

- Das Treffen steht in einer Reihe von Treffen in diesem Format: erstes Treffen im schwedischen Bommersvik im Dezember 2014, zweites Treffen im September 2015 in Wien.